

Datum: Tue, 1 Feb 2011

An: "presse@bmfsfj.bund.de" <presse@bmfsfj.bund.de>
Betreff: Gegen Generalverdacht und Knebel-Erlass

Sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin,

wissen Sie eigentlich, dass sich schon jetzt die Neonazis ins Fäustchen lachen über diese Extremismus-Erklärung aus Ihrem Hause? Zurecht wird dieser Knebel-Erlass für antifaschistische und antirassistische Projekte als Ermutigung der extremen Rechten - als staatliche Anti-Antifa - verstanden.

Seit Jahrzehnten engagiere ich mich gegen Neofaschismus und Rassismus. Ich arbeite dabei mit einer Vielzahl von demokratischen Organisationen zusammen, die vor Ort oft unter erheblichen persönlichen Risiken gegen rechte, fremdenfeindliche Hetze und Gewalt aktiv sind. Oftmals wenden sich Antifaschistinnen und Antifaschisten an mich, um ihr Anliegen auch im Bundestag zu vertreten. Ehe mich zukünftig geförderte Projekte gegen Rechtsextremismus als Rednerin auf eine Kundgebung oder Referentin auf eine Veranstaltung einladen können, müssen sie sich nun beim Verfassungsschutz über meine Verfassungstreue kundig machen. Sie müssen die Expertise des Geheimdienstes darüber erbitten, ob ich einem angeblich extremistischen Flügel der Partei DIE LINKE oder der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA) angehöre. In einen solchen Fall dürften Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht mehr mit mir kooperieren, wenn sie nicht ihre Bundesunterstützung verlieren wollen.

Hier wird der notwendige und legitime Widerstand gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unter einen "extremistischen" Generalverdacht gestellt. Misstrauen wird unter den Aktiven gegen rechts gestreut und deren Engagement so geschwächt.

Wer von den geförderten Projekten eine Überprüfung ihrer Kooperationspartner mit Hilfe des Verfassungsschutzes verlangt, will Antifaschistinnen und Antifaschisten zu Hilfssheriffs des Geheimdienstes machen. Dieser Erlass ist ein finsterner Rückfall in Zeiten des Kalten Krieges. Ich fordere Sie daher auf, die Absätze 2 und 3 der so genannten "Demokratieerklärung" in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen.

mit freundlichen Grüßen,

Ulla Jelpke

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE.

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel:(030) 227-71253
Fax:(030) 227-76751
[Mail:ulla.jelpke@bundestag.de](mailto:ulla.jelpke@bundestag.de)

Web: <http://www.ulla-jelpke.de>
<http://www.linksfraktion.de>